

„Kinder aufziehen oder sparen“

Altersvorsorge. Das staatliche Pensionssystem stößt an seine Grenzen. Namhafte Experten sprechen sich für einen Ausbau der betrieblichen und privaten Vorsorge aus.

Wien. Die Altersvorsorge in Österreich ruht auf den Schultern der ersten Säule – des umlagebasierten staatlichen Pensionssystems: 90 Prozent der Pensionzahlungen kommen aus diesem System. Die betriebliche Vorsorge (zweite Säule) und die private Vorsorge (dritte Säule) spielen hierzulande eine untergeordnete Rolle. Daran stießen sich die Teilnehmer am 2. Institutionellen Altersvorsorge- und Investorengipfel in Wien.

Denn das staatliche System stößt an seine Grenzen. Schuld ist die Demografie: Die Lebenserwartung steigt, und in den nächsten Jahren werden die geburtenstarken Jahrgänge der fünfziger und sechziger Jahre schrittweise in Pension gehen, während weniger Kinder nachkommen.

„Eine Generation, die weder Kinder großzieht noch spart, muss im Alter hungern, denn von nichts kommt nichts“, stellte der ehemalige Präsident des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, fest. Das Dilemma: Die Babyboomer-Generation sei zu alt, um Kinder in die Welt zu setzen, doch sei Sparen im Null- und Niedrigzinsumfeld

nicht wirklich attraktiv. Die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank gehe zu Lasten der Sparer in Deutschland und Österreich. Dennoch müsse man sparen, denn schlecht verzinsten Ersparnisse seien immer noch besser als keine Ersparnisse, meinte Sinn.

Lebenserwartung steigt

Pensionsexperte Bernd Marin sieht die Politik in der Pflicht. Diese müsse dringend die erste Säule konsolidieren, etwa durch ein höheres Pensionsantrittsalter. Es werde dauernd von einer „alternden Gesellschaft“ gesprochen, doch sei das relativ. Es gehe nicht nur darum, wie viele Lebensjahre jemand schon hinter sich gebracht habe, sondern wie viele er noch vor sich habe. 65 Jahre alt zu sein bedeute, dass man noch 15 oder 20 Jahre vor sich habe, Tendenz steigend. So betrachtet altere die Gesellschaft nicht, sie werde jünger.

Doch müsse die Politik auch die beiden anderen Säulen ausbauen. Die betriebliche Vorsorge läuft derzeit über Vorsorgekassen, Pensionskassen und betriebliche Kollektivversicherungen. Im Vorsorge-

kassensystem („Abfertigung neu“) sind alle Arbeitnehmer erfasst, deren Dienstverhältnis ab 2003 begonnen hat. Doch lassen sich viele das Geld auszahlen, sobald sie die Möglichkeit dazu haben (etwa bei einem Jobwechsel nach drei Jahren). Wer das nicht tut, kann auf eine Zusatzpension sparen, diese dürfte aber mager ausfallen.

Verträge mit Pensionskassen oder Kollektivversicherungen schließen die Unternehmen jedoch freiwillig ab. Nur, wenn der Arbeitgeber einen solchen Vertrag abgeschlossen hat und regelmäßig einzahlt, kann auch der Arbeitnehmer freiwillige Zuzahlungen leisten. Das stört Marin. Die Arbeitnehmer müssten unabhängig vom Arbeit-

geber für ihre Pension sparen können, zudem sollten ihre Beiträge ebenfalls steuerlich absetzbar sein. Firmenpensionen seien in Österreich ein Minderheitenprogramm, vor allem gebe es sie in staatlichen oder staatsnahen Betrieben. Klein- und Mittelbetriebe bieten häufig nicht einmal eine betriebliche Vorsorge an. Marin sprach sich daher für eine stärkere Verankerung der betrieblichen Vorsorge in den Kollektivverträgen aus. Von der Politik erwartet sich der Experte nicht viel. Bisher habe er nichts dergleichen in den Programmen der Bewerber um die Kanzlerschaft gesehen.

Pflicht mit Ausstiegsoption

Der deutsche Experte Heribert Karch, Chef der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersvorsorge, riet zu einem „Opting-out“-Modell: So könnte bei Tarifverhandlungen entschieden werden, dass ein Teil der Gehaltserhöhung in die betriebliche Vorsorge fließen soll. Arbeitnehmer, die das nicht wollen, sollten eine Austrittsmöglichkeit haben. Die Erfahrung zeige, dass die Mehrheit von einer solchen nicht Gebrauch mache. (b. l.)

ZUR PERSON



Hans Werner Sinn

war Chef des Münchener Ifo-Instituts und anlässlich des Institutionellen Altersvorsorgegipfels in Wien. Er kritisierte die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank, die zu Lasten der Sparer in Deutschland und Österreich gehe. [Fabry]